

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Freitag

12
Dezember

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedhofstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Dettmold (Otto Eichenberg), Markstraße 9 und Eltschke (H. Fabian Wilm), Ecke Gutenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Giesecke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eichenberg; für Geschäftsverhältnisse und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Ar. 289 — 1919

Bezugspreis für das Vierteljahr 5.40 Mk., für den Monat 1.80 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 5.40 Mk., monatlich 1.80 Mk. mit Beleggeld, für Postabnehmer monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 90 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 40 Pfg. für die kleine Zeile, für ausserordentliche Anzeigen 50 Pfg., Reklamezeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluß der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Donnerstag 4 Uhr, für kleinere Anzeigen Donnerstag 6 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postbezirksamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Die Drohung des Zentrums

Wer politisiert, verliert! Diese Auffassung, die man seit langem in den Wahlkreisen hat, greift auch bei den Zentrumsfraktionen immer weiter um sich. Schritt für Schritt mühen wir uns nachzugeben, seit mit der Sozialdemokratie zusammen die Regierung gebildet wurde. Man schob alles auf die Zeit, man bereitete sich auf den möglichen Zusammenbruch und man erklärte, das Zentrum werde wählen zu müssen. So ließ man sich denn dazu herbei, die Konfessionsfrage abzulehnen und die Simultanklausur zur Regel zu machen. Zwar ist in der Reichsverfassung das Recht der Eltern festgelegt, doch was kümmert die Sozialdemokratie um die Bestimmungen der Verfassung, wenn sie Schaden von ihnen hat. Ein einzelstaatlicher Minister gehen denn auch willkürlich über die Rechte der Elternrechte zur Tagesordnung über. Schlimmer aber ist, daß die Sozialdemokratie die Konfessionsfrage preisgab und manches andere dazu, daß wir aber den eigenen Schulkampf in die Parlamente der Einzelstaaten vertrieben. So schloß sich die Sozialdemokratie mit den Demokraten gemeinsame Sache machen und ohne Rücksicht auf das Zentrum handeln. Man wollte das kleinere Übel wählen und durch tätige Mitarbeit das Schlimmste vermeiden! Dabei überließ man ganz, daß die Sozialdemokratie in der Reichsverfassung und in der Sozialdemokratie mit dem Zentrum und dem Willen hätte schonungslos umspringen können, wenn die Zentrumsfraktion nicht an der Regierung beteiligt gewesen wäre. Sozialdemokraten und Demokraten können allein unmöglich regieren. Sie sind auf das Zentrum und nicht anders. Zum mindesten können sie sich nur dann halten, wenn die Zentrumspartei keine Opposition macht. Man gab also einen gewichtigen Grund aus der Hand, als man mit der Sozialdemokratie die Regierung bildete. Denn nun ging der Aufstand los, bald müßten die Sozialdemokraten nachgeben, bald das Zentrum. Am meisten litt indessen die Zentrumspartei. Daran waren die bürgerlichen Demokraten noch mehr schuld, wie die Sozialdemokraten. In Zentrumswahlkreisen oder fragte man sich: Wie soll das enden? Die Stellung der Partei in der Reichsverfassung wurde jedwells als das unheilvolle Bündnis von Tag zu Tag ungünstiger.

In den letzten Tagen ist es in der Preussischen Landesversammlung wiederholt zu Zusammenkünften gekommen. Von Seiten der Zentrumsfraktion wurde verschiedentlich erklärt, es sei nicht an, daß die Zentrumspartei immer wieder in religiösen und kulturellen Fragen überstimmt werde. Wohlgekannt, so lag die Zentrumspartei vor. Wohlgekannt, diese Überstimmung wird in erster Linie deswegen möglich gemacht, weil das Zentrum an der Regierung teilnimmt. Sowohl die Sozialdemokraten wie die Demokraten nehmen keine Rücksicht. Sie suchen den Erfolg ihrer Parteiziele auf Kosten des Zentrums durchzuführen. Das gefährdet man sich in Preußen, wo die Schulfrage zur Debatte steht. Hier ist es das Zentrum der Schule vollkommen zu befähigen. Das Zentrum erklärte, ein solches Gesetz nicht annehmen zu können, betonte weiter, daß auf die weitere Beratung des Gesetzes keine Rücksicht mehr lege. Bei den Parteien fürchtete man, daß sie bereits von einer bevorstehenden Regierungserklärung. Nur das amtliche Organ der Regierung blüht fortwährend in die Zukunft, in die Zukunft, nicht so hoch, wie es gefordert wurde. Die Auffassung kann kommen, weil ich bisher noch nicht gehört habe, daß die Zentrumspartei in der Reichsverfassung war. Aber es ist doch ein Zentrum, diese Rücksichtlosigkeit auf weiteres als ein Selbstverständliches anzunehmen. Es gibt eine Grenze, und diese Grenze ist unsere Verantwortung nach links erreicht. Die Zentrumspartei hat es mit lebhafter Freude begrüßt, wenn ihre Abgeordneten von dem unheimlichen Schicksal der Sozialdemokraten, die die Zentrumspartei eben die Auffassung, daß die Partei und das Programm die Komposition nur schädlich sind. Würde sich heute das Zentrum in Opposition schlagen und anstatt die Schulfrage grundständige Politik treiben, so wäre die Partei ebenfalls besetzt.

Amens des Zentrums hat in der preussischen Landesversammlung der Vorner Universitätsprofessor Lauscher scharfe Erklärungen abgegeben. Er behauptete, er schon zum zweiten Male eine Rede gehalten, die besser unterblieben wäre. Er sprach auf die Schulungsbestrebungen hin, die in Ost und West durch die Kulturpolitik gefördert würden. Prof. Lauscher sah bisher in der Verbindung mit Preußen das Ziel der Rheinischen. In diesem Sinne hat er wiederholt das Zentrum ergriffen. Da sollte er doppelt vorsichtig sein mit einer Erklärung, die von gegnerischer Seite gegen die Katholiken des Rheinlandes ausgesendet wird. Man kann es auch nicht billigen, wenn diese Schulungsbestrebungen von Preußen das Zentrum hat in Preußen grundständige Politik treiben und darf sich dabei nicht von rechts und von links irgendwelche betören lassen. Wer ein solches ist die Rücksichtlosigkeit gegeben. Sollte man aber mehr auf den Tisch schlagen und erklärt:

Bis hierher und nicht weiter, dann wußten Sozialdemokraten und Demokraten, wo sie hielten. Wenn leicht das Zentrum die Drohung ausspricht, so wird es hoffentlich auch festhalten. Zuerst drohen und dann nachgeben, wie es bisher geschah, das ist eine schlechte Politik, mit der man nicht zum Ziele kommt.

Der Konflikt in Preußen

Berlin, 11. Dez. Die Verhältnisse, werden morgen nachmittags zwischen den Führern der Mehrheitsparteien im Reich und in Preußen Verhandlungen über die Beilegung der in Preußen ausgebrochenen schulpolitischen Krise stattfinden. Vom Zentrum werden an dieser Verhandlung teilnehmen aus der preussischen Landesversammlung die Herren Dr. Voris und Dr. Pauscher, aus der Nationalversammlung die Herren Trimborn, Dr. Soehn und Gerold. Die Leitung der Verhandlungen liegt in den Händen des Reichspräsidenten. Auch der preussische Kultusminister Avenit wird an den Verhandlungen teilnehmen. Die demokratische Parteifraktion nimmt an der Krise mit folgenden Sätzen Stellung:

„Die Mitteilung des Zentrums bedeutet gewissermaßen eine Kampfansage an die Arbeitsfraktion, da eine Nichtmitwirkung einer der Koalitionsparteien in einem so wichtigen Kulturgebiet natürlich den Zerfall der Koalition zur Folge haben würde. Die Zentrumspartei des Reichstages hat in der Zwischenzeit schon Verhandlungen an dem preussischen Kultusministerium in Verbindung mit dem preussischen Kultusminister, doch ein Zerfall der Koalition in Preußen natürlich auch den Zerfall der Koalition im Reich zur Folge haben würde. Es ist unverständlich, warum das Zentrum jetzt über diese immerhin untergeordnete Frage der schulpolitischen Schulpolitik sich öffentlich damit abgeben hat, übertrifft zu werden. Die demokratische Partei wird ihre Stellungnahme zu der Streitfrage abhängig machen von Verhandlungen mit der dritten Mehrheitspartei. Es schwebt augenblicklich Verhandlungen, um den Konflikt zu beilegen. Ob die Verhandlungen allerdings zu einer friedlichen Lösung führen, läßt sich augenblicklich nicht übersehen.“

Daß die demokratische Parteifraktion das Verhalten des Zentrums unverständlich findet, ist ein Beweis dafür, daß die Bedeutung der Streitfrage nicht richtig einschätzt. Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb die Haltung des Zentrums in der Frage der Schulpolitik irgendwelche prinzipiellen Gründe für eine Haltung in der Frage der Teilnahme der Schulpolitik in der Schuldebatte wirken sollte. Durch die von den Linken des Reichstages erklärte Haltung der Schulpolitik würde auch der letzte Rest des kirchlichen Einflusses auf die Schule ausgeräumt werden.

Die Stunde der Grundsätze

Berlin, 12. Dez. Eine Verlesung der Zentrumspartei in Köln fand folgendes Telegramm an die Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung nach Berlin: Eine allseitig bekannte Verlesung übergeordnetem Zentrumswahlkreise, Männer und Frauen, im großen Saal der Rheinischen Landesversammlung in Köln, einberufen von der Mittelständischen Vereinigung innerhalb der Zentrumspartei, erwartete entschlossen von der preussischen Landesversammlung, daß sie von den natürlichen Vorrechten der Kirche auf die Schule und von den unüberwindlichen Erziehungsrechten der Eltern nicht das geringste preisgibt und keinen Fall bereit vor der Sozialdemokratie zurücktritt. Die Stunde der Grundsätze ist gekommen.

Die „Freie Pflanz“

Wiesbaden, 11. Dez. Die Pflanz, die vorwiegend eine Idee von Dr. Giesecke in der Hand ausgegangen ist, wird in der Pflanz, nachdem ich von Seiten der Anstalten meiner politischen Überzeugungen nicht die allgemeine notwendige Unterstützung gefunden habe, gebe ich die politische Tätigkeit auf und werde mich wieder ganz meinem Beruf widmen.

Daß man der Führer jener Bewegung in der Pflanz, die nicht nur von Bayern, sondern auch vom Reich wollte. Sein Rücktritt bedeutet wohl das Ende der Bewegung.

Die deutsche Note

Berlin, 12. Dez. Die nunmehr fertiggestellte deutsche Antimilitarische Note wird sofort nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen nach Paris gehen. Die Frankfurter Kommission, die eventuell nach Paris gehen soll, ist noch nicht zusammenberufen. Senator Petersen in Hamburg hat eine Mitteilung an die Kommission abgegeben. Die Nachricht, daß Unterstaatssekretär v. Daniel dieser Kommission nachreisen soll, trifft laut „D. A. G.“ nicht zu. Dem „Tagblatt“ zufolge betont die Note den Wunsch, den Frieden baldigst in Kraft treten zu sehen und die einstimmige Verurteilung der deutschen Regierung, zur Verhinderung der Schulpolitik beigetragen. Wie die „Volkszeitung“ lautet, ist die Note gleich dem letzten Dokument Clemenceaus in Form sehr höflich.

Der monarchische Gedanke

Amsterdam, 11. Dez. Laut „Telegraaf“ erklärte der von einem Besuch nach Köln, Frankfurt, Mainz, Stuttgart und München zurückgekehrte Oberst Vandert im englischen Unterhaus, er habe in Deutschland eine starke Strömung zu Gunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die royalistische Partei nehme, soweit er beobachten konnte, täglich an Umfang zu. Wenn man dem vormaligen deutschen Kaiser nicht den Prozeß mache und ihn nicht nach St. Helena sende, werde man ihn als König von Preußen wiedersehen.

Reinhardt

Berlin, 11. Dez. Oberst Reinhardt scheidet mit dem heutigen Tage aus der Reichswehr aus. Er wurde mit der aktiven Pension zur Disposition gestellt.

Valuta und Börse

Wider alles Hoffen und Erwarten steht die deutsche Valuta zum Jahresabschluß unter dem Zeichen eines neuen fürchterlichen Wertverlustes. Zum ersten Mal hat in diesen Tagen die Deutsche Reichsbank den Stand von 1000 Mark für 100 Franken, die Deutsche Botschaft den von 2000 Mark für 100 Gulden überschritten: man vermag heute nicht mehr von einem Defizit der deutschen Valuta, sondern nur noch von einer weitgehenden Katastrophe zu sprechen. Unvermeidlich muß die Entwicklung, deren Ende zur Stunde noch nicht abzusehen ist, scharf auf alle Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Innern Deutschlands, scharf auf alle unsere Verbindungen zum Weltmarkt und zum Weltverkehr zurückzuwirken. Wir leben vor einer neuen schweren Lektion, wir stehen vor einer noch nicht abschätzbarer Verschärfung des derzeit schon kaum erträglichen Zugriffs des Auslandes auf alle Güter, über die wir noch verfügen; die unerhörte Zerkleinerung des fremden Geldes wird, da ein absoluter Kontrollabschluß noch aussteht und eine doppelte Preissteigerung nach der Nationalität des Käufers nur sehr schwer lässig durchzuführen sein wird, sich von neuem drängend geltend machen. Umsonst war alles, was bis heute aus unserer Kraft geschehen konnte, um den Valutasturz aufzuhalten und eine bessere Lage vorzubereiten: umsonst war das Notgedrungen, aufgeborene Exporteure des Goldes, ceteris paribus, was geschehen ist, um das Valutadefizit beim Verkauf nach dem Ausland durch höhere Preissteigerung auszugleichen, von beschränkter Wirkung die Einschränkung der erheblichen Einfuhren, umsonst unsere Bemühungen, die Zahlungen für notwendige Einfuhren auf dem Kreditwege hinauszuschieben. Die wirtschaftliche Organisation, über die wir verfügen, war bis heute dem Problem nicht gewachsen. Sie konnte ihm zum guten Teil auch nicht gewachsen sein, denn uns fehlt noch immer die geschlossene Wirtschaftseinheit im Westen. Trotz alledem konnten wir hoffen, daß zum mindesten ein weiterer Sturz vermieden würde, da doch immerhin die deutsche Produktionskraft im Ausmaß ist, die Arbeitskraft und Arbeitsfreude überall steigt, die Nachfrage nach Konsumgütern — ein Zeichen des Wandels der Zeit — sich mehr und mehr durchsetzt, die Bittern der Arbeitslosigkeit trotz des Rückstroms der Kriegsfangenen im starken Sinken sind und sich durchaus normal, selbst gemessen an den Friedensverhältnissen, ansetzen. Doch ungeachtet aller Steigerung der Leistung; der neue Sturz der Valuta. Selbst eine so wesentliche und umfassende Finanzoperation, wie die geplante Bindung des sechs Milliarden-Banketts deutscher Noten in belgischer Hand, übte nicht die geringste Wirkung.

Die Entwicklung ist nicht ganz leicht zu erklären. Offenbar machen sich bei der so igegebenen Erschütterung des Marktes unserer Valuta Faktoren geltend, auf die wir keinen Einfluß ausüben können. Die technische Situation des Auslandes der deutschen Reichsmark ist ohne allen Zweifel unerbittlich angepaßt. Das neutrale Ausland ist während des Krieges und während der letzten Monate des Defizitstandes in unvorstellbaren Fällen eine Finanz- und Kreditquelle nicht nur des Reiches, sondern zahlloser deutscher Einzelinteressen geworden. Es behält sich allenfalls außerhalb unserer Grenzen Forderungen gegen uns an, und die Summe dieser Forderungen wurde noch außerordentlich vergrößert durch die Marktspekulation, die aus früheren Kriegsjahren her in Form von Hypothekendarlehen, Finanz- und Warenkredit und dergl. bestand und hat durch den Krieg hindurch weitergeführt worden. In sehr hohen Beträgen blieben auf diese Weise und bestehen heute noch Marktspekulationen des Auslandes. Hierzu kommt, daß man schon Jahre hindurch im Ausland eine umfassende Marktspekulation getrieben wird, die so in sich auszuwuchs, daß jeder dritte oder vierte neutrale Ausländer irgendwo an diesem Spekulationsmarkt sich betätigt. Durch alle diese Umstände sind im neutralen Ausland Verhältnisse entstanden, die heute sehr unerfreuliche Folgen zeigen. Die dortigen Finanzkreise haben das dringende Bedürfnis, sich von den Marktspekulationen zu entziehen. Sie drängen ganz offensichtlich auf Glättstellung der Randspitze selbst auf dem Spekulationswege, sie drängen auf Rückzahlung fällig werdender Kredite (und jetzt etwa ein Jahr nach Beendigung der Forderungen) dürfen sehr zahlreiche private Kredite fällig werden. So entsteht ein förmliches Marktangebot an den Auslandsmärkten, dem wir eine irgendwie angemessene Nachfrage gegenüberstellen völlig außer Stande sind. Hier dürfte der wichtigste Grund für den jüngsten Absturz der deutschen Valuta liegen.

Zu den mancherlei Rückwirkungen, die diese Valutentwertung auf Deutschland ausübt und in der Folge noch viel härter ausüben kann, zählt als gegenwärtig augenfälligste das erneute Aufschwollen der „Katastrophenbauerei“, welche den Markt der in Deutschland vorhandenen Effekten erfüllt. Wir sehen ein ausgedehntes oder mit Valutaintereffen in fremder Währung verknüpft es Wertpapier nach dem andern sich dem Wertstande von 1000 Prozent nähern, mehrere haben dieses schon längst erreicht. Abgesehen davon, daß dies Tagelohn der Preise aller der sogenannten Valutapapiere in die Höhe, zum Teil in phantastischen Sprüngen. Die Wiedereröffnung des Marktes für fremde Renten hat ungewöhnliche Hochstände auch für niedrig verzinsliche Bapiere gebracht. Wir verweisen darauf, daß beispielsweise eine nur mit 1 1/2 Prozent verzinsliche griechische Anleihe einen Kursstand von über 320 Prozent aufzuweisen hat.

während die 5prozentige deutsche Reichs-Anleihe sich mit knapp 77 1/2 Prozent begnügen muß. Die 3prozentige belgische Rente wird mit 330 Prozent bewertet! Obwohl heute so wenig wie vor Wochen und Monaten irgend jemand Positives über die Realisierbarkeit der in diesen Valuta-Effekten stehenden Währungsübergewinne zu sagen vermag, obwohl über die Einwirkungen des Friedensvertrages und des Währungsstillstandsabkommens auf die Realisierbarkeit keinerlei sicheres Anhaltspunkte gegeben sind, greift alles nach diesen fremden Valoren. Erneut treten alle Anzeichen der Mark-Flucht hervor, um den niederschmetternden Eindruck dieser ganzen Entwicklung noch zu verstärken. Es entspricht nur diesem Bild, wenn zu gleicher Zeit der innerdeutsche Wertpapier-Markt in dumpfer Vernachlässigung liegt, wenn hier selbst für unsere besten industriellen Werte in einer Zeit des Aufschwunges ihrer Produktion sich ein kaum behaupteter Kursstand, vielmehr hier und da bereits die Tendenz zum Kursfall nachweisen läßt. Der neue Valutasturz benachteiligt eben das Vertrauen zu unserer sich langsam erholenden Arbeitsleistung nicht nur nach außen hin sondern auch im Innern. Die Entwicklung der Börsen ist dafür ein erstes Anzeichen. (Frankf. Sta.)

Ausweisungen an der Saar

mz. Saarbrücken, 12. Dez. Der Oberste Beauftragte des Saargebietes, Gen. r. A. v. Witzel, gibt folgende zwei Erlasse bekannt:

1. Auf Befehl des Herrn Reichshaus von Frankreich, Oberkommandierender der verbündeten Armeen und im Einverständnis mit dem Präsidenten des Ministerrates und Kriegsministers wird v. d. Haffern, Landrat des Kreises Saarbrücken und Polizeibefehlshaber der Stadt Saarbrücken, seines Amtes enthoben und aus dem von den verbündeten Armeen besetzten Gebiet ausgewiesen.

2. Auf Befehl des Herrn Reichshaus von Frankreich, Oberkommandierender der verbündeten Armeen und im Einverständnis mit dem Präsidenten des Ministerrates und dem Kriegsminister wird v. d. Haffern, Landrat des Kreises Saarbrücken und Polizeibefehlshaber der Stadt Saarbrücken, seines Amtes enthoben und aus dem von den verbündeten Armeen besetzten Gebiet ausgewiesen.

Erzberger-Helferich

Berlin, 11. Dez. Oberstaatsanwalt Krause teilt heute in der Berliner Abendblätter mit, daß das Strafverfahren gegen Helfferich wegen Verleumdung Erzbergers soweit gediehen ist, daß die Akten mit der Akteure bereits am 9. Dezember der Strafkammer zur Verlesung über die Eröffnung des Hauptverfahrens ausgegangen sind. Wahrscheinlich findet die Hauptverhandlung im Januar oder Februar statt.

Sechsstundenschicht im Bergbau

Essen, 10. Dez. (Wolff.) Der Ausbruch zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau befindet sich heute unter dem Vorsitz des Prof. Gothein über die Frage der Kohlenabfuhr und der Wagenstellung. Gothein schilderte die furchtbare Notlage des Landes infolge der Kohlennot, wobei er besonders auf die Forderungen der Unterteilung hinwies. Er ist die den Arbeitnehmern vor Augen, daß die Forderung der Sechsstundenschicht den Zusammenbruch Deutschlands bedeuten würde. Der Sechsstundenschicht müsse und könne nur international geregelt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer hielten demgegenüber an ihrem Forderungen nach Einführung der Sechsstundenschicht am 1. Februar unbändig fest. Zur Beratung über den Vermittlungsvorschlag, der von Prof. Brande und Bergbauminister Schanz mit einem herzlichen Abschied an das Gewissen der Arbeiter eingeleitet wurde, trat eine Pause ein. Der Vermittlungsvorschlag will die Regelung der Sechsstundenschicht international auf diplomatischem Wege betreiben, die siebente Stunde beibehalten, aber höher bezahlen und einmündende sofortige Maßregeln zur Behebung der Wohnungsnot unter der Bergarbeiterelendigkeit getroffen sehen. Bei der Abstimmung erklärten die Arbeitnehmer sich geschlossen für die Einführung der Sechsstundenschicht vom 1. Februar und die Arbeitszeit und Währungsfragen geschlossen gegen die Möglichkeit dazu.

Berufung der Nationalversammlung

Berlin, 11. Dez. Die Nationalversammlung wird sich voraussichtlich am 18. Dezember verlagern, und es verläutet, daß sie erst Anfang Februar wieder zusammentreten soll. Endgültiges hierüber ist aber noch nicht beschlossen worden.

Bismarcks Erinnerungen

Berlin, 11. Dez. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß zwischen dem Vertreter des Kaisers und dem Verlag Gotta Verlagshaus Verhandlungen über die Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen eingeleitet sind, die auf eine friedliche Lösung schließen lassen.

Die Betriebsräte

Berlin, 11. Dez. Des Betriebsrätegesetz, dessen Erledigung noch vor der Weihnachtspause der Nationalversammlung in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich bis an diesem Termin im Plenum nicht erledigt werden, da die Geschäftspläne die Verabschiedung bis dahin kaum abgesehen wird.

London, 12. Dez. Nach einem Telegramm aus Port Darwin in Australien hat Smith mit seinem Büro dort eingetroffen. Er hat den von der australischen Regierung ausgesetzten Preis von 10000 Pfund gewonnen.

